



24.3816

Motion KVF-N.

**Grundversorgungsauftrag
und Tätigkeitsbereich der Post
vor weiterem Um- und Abbau klären**

Motion CTT-N.

**Clarifier le mandat de service
universel et le domaine d'activité
de la Poste avant
toute nouvelle restructuration
ou tout nouveau démantèlement**

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 10.09.24

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 11.03.25

Antrag der Mehrheit
Ablehnung der Motion

Antrag der Minderheit
(Juillard, Hurni)
Annahme der Motion

Antrag Gapany
Rückweisung an die Kommission zur Neuformulierung der Motion

Proposition de la majorité
Rejeter la motion

Proposition de la minorité
(Juillard, Hurni)
Adopter la motion

Proposition Gapany
Renvoyer en commission pour reformulation de la motion

Développement par écrit

Le renvoi en commission doit permettre à la commission de demander une accélération dans la révision de la loi, tout en reformulant la motion dans l'attente de la révision, afin de garantir la distribution du courrier dans les petites entités urbanisées et d'éviter autant que possible la fermeture de bureaux de poste, sauf accord avec les communes, ou solution de remplacement. Le fait de freiner toute adaptation de l'ordonnance sur la poste dans l'attente de la révision de la loi sur la poste ne devrait toutefois pas faire partie de la motion, étant donné le champ d'actions large et les besoins de modernisation de la poste.

Präsident (Caroni Andrea, Präsident): Es liegt Ihnen ein schriftlicher Bericht der Kommission vor. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.

Engler Stefan (M-E, GR), für die Kommission: Die Motion verlangt, dass der Bundesrat bis zum Abschluss einer Revision des Postgesetzes auf Anpassungen der Postverordnung verzichtet. Ausserdem soll der Bun-



desrat durchsetzen, dass Pläne der Post zum Verzicht auf die Zustellung in Kleinsiedlungen, zur Schliessung von Poststellen oder zur Reduktion der Pünktlichkeit von Paket- und Briefzustellungen sistiert werden. Mit dem Moratorium – ein solches will die Motion – soll verhindert werden, dass die Post Fakten schafft, welche die politische Diskussion über den künftigen Grundversorgungsauftrag der Post unterlaufen.

Der Nationalrat hat der Motion mit 113 zu 60 Stimmen zugestimmt. Zur Begründung wurde im Nationalrat das Primat der Politik hervorgehoben. Am Gesetzgeber läge es, die Post der Zukunft zu gestalten, nicht an der Post oder am Bundesrat. Weder der Bundesrat als Verordnungsgeber noch die Post hätten die politische Legitimation dafür, Entscheidungen über die Post der Zukunft zu treffen, die nicht mehr rückgängig gemacht werden könnten. Um solche Entscheidungen zu verhindern, müssten Bundesrat und Post darin gestoppt werden, das Poststellennetz weiter auszudünnen oder die Zustellung in Kleinsiedlungen einzuschränken. Dieser Meinung schloss sich eine Minderheit unserer KVF an; die Argumente der Minderheit hören Sie dann von Kollege Juillard. Eine Mehrheit der Kommission beantragt Ihnen nach den von ihr durchgeführten Anhörungen, die Motion abzulehnen; das Stimmenverhältnis war 9 zu 2 Stimmen bei 1 Enthaltung.

Auf dem Tisch liegt ein Antrag Gapany, der die Rückweisung der Motion an die Kommission zur Neuformulierung verlangt. Wir werden darauf zu sprechen kommen.

Was waren die Gründe der Mehrheit, die Motion zur Ablehnung zu empfehlen? Im Wesentlichen und zusammengefasst sind es sechs Gründe:

1. Das mit der Motion bezweckte Moratorium hiesse für die Post Treten an Ort während vier bis fünf Jahren. Der auch mit den neuen Bedürfnissen von Kunden und Markt abgestimmten Weiterentwicklung würden damit enge Grenzen gesetzt. Die gewohnten Kundengeschäfte am Postschalter wie auch die Briefmenge sind bekanntlich massiv zurückgegangen. Neue Kundenbedürfnisse benötigen deshalb, soll die Post ihre Relevanz behalten, auch neue Angebote. Es kann nicht im Interesse der Kundinnen und Kunden sein, wenn die Post den Bezug zu den gesellschaftlichen Realitäten verliert. Gefragt ist ein Mittelweg, der sowohl die Gegenwart als auch die Zukunft berücksichtigt. Gefordert ist ein Gleichgewicht zwischen Innovation und Fortschritt und dem Schutz vor nachteiligen Auswirkungen auf die Gesellschaft.

2. Mit der Regulierungsbremse, so die Post, nähme man in Kauf, dass sich die Eigenwirtschaftlichkeit und Investitionsfähigkeit der Post relevant verschlechtern und dass gleichzeitig Vermögen vernichtet würde. Sie rechne damit, dass bei einem befohlenen Marschhalt anstelle eines Gewinnes – heute sind es rund 300 Millionen Franken – aus dem Postgeschäft künftig Verluste resultieren könnten. Das wiederum könne nicht im Interesse der Steuerzahlenden sein, ebenso wenig im Interesse der 47 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und einer künftigen bedürfnisorientierten Grundversorgung.

3. Geplante, nachfrageorientierte Investitionen im Umfang von 100 Millionen Franken in das eigene, selbst betriebene Poststellennetz müssten hinausgeschoben werden. Die Modernisierung von Infrastruktur und Dienstleistungen bliebe damit auf der Strecke. Die Umwandlung von noch 170 eigenen Poststellen in neue Formate der Erreichbarkeit und des Zuganges folge wirtschaftlichen Realitäten und berücksichtige den von der Kundschaft in hohem Masse akzeptierten Mix an Zugangspunkten. Dabei dürften die aktuellen gesetzlichen Vorgaben der Erreichbarkeit selbstverständlich nicht verletzt werden.

Die beabsichtigte Umwandlung von Poststellen darf nicht als Vorwand dienen, die Service-public-Postdienstleistungen aus Kundensicht zu verschlechtern. Kritisch zu hinterfragen ist in diesem Zusammenhang die Absicht der Post, mit der Beschränkung der Zustellungsverpflichtung auf dauernd bewohnte Siedlungen Tausende von Haushalten, die ausserhalb solcher Siedlungen liegen, von der Zustellung abzuschneiden. In diesem Punkt wird erwartet, dass die Post

AB 2025 S 157 / BO 2025 E 157

nochmals über die Bücher geht bzw. dass das Departement den Umfang und die Einhaltung der Grundversorgung in Übereinstimmung mit den strategischen Zielen überwacht.

4. Die Post verlöre mit dem Moratorium den Anschluss an die digitale Erneuerung und an neue, zukunftsweisende Geschäftsfelder. Dabei soll der digitale Brief als Kernelement eines modernen Service public und als Format für einen sicheren und vertraulichen Transport von schützenswerten Informationen eine wichtige Rolle einnehmen. Ein Moratorium würde diesen Fortschritt hemmen. Dies würde die Post der Zukunft schwächen und müsste volkswirtschaftlich teuer bezahlt werden.

5. Die Mehrheit der Kommission nimmt die Post beim Wort, keinen Kahlschlag bei den Postdienstleistungen anzustreben. In der Postabdeckung des Landes dürfen keine verwaisten Gebiete entstehen. Wir wollen keine dänischen Verhältnisse: In Dänemark stellt die Post ab 2026 keine Briefe mehr zu; alle öffentlichen Briefkästen im Land werden abgebaut. Strukturwandel darf nicht zu Strukturzerstörung führen. Denken Sie daran: Die Post gehört uns, den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes.



6. Den Bundesrat nehmen wir beim Wort, dass er dem Parlament so rasch als möglich eine Gesetzesvorlage unterbreitet, anhand derer die Post der Zukunft Gegenstand parlamentarischer Beratung wird, und dass er zwischenzeitlich den Grundversorgungsauftrag der Post nicht über Verordnungsanpassungen irreversibel schmälert.

Damit wird es am Parlament liegen, die Post der Zukunft und, damit verbunden, die Zukunft der Post zu definieren. Das bedeutet, zu bestimmen, was von der Post in Zukunft als postalische Grundversorgung erwartet werden muss. Die Post wird es auch im digitalen Zeitalter noch brauchen.

Nicht mit der Kommission abgestimmt – es handelt sich um eine persönliche Einschätzung –, benenne ich folgende Ansprüche, die die Post der Zukunft zu erfüllen hat: Die physischen und die digitalen Postdienstleistungen müssen nebeneinander Platz haben. Es muss sich um ein hybrides Zustellungssystem mit Wahlfreiheit für die Bürgerinnen und Bürger handeln. Das Prinzip der Briefmarke muss die Gleichbehandlung aller Einwohnerinnen und Einwohner bei distanzunabhängigen, angemessenen Preisen und bei gleichwertiger Qualität sicherstellen. Die flächendeckende Erreichbarkeit für Dienstleistungen der Post muss durch dienstleistungsorientierte Zugangspunkte erhalten werden. Diese Zugangspunkte berücksichtigen die Bedürfnisse von Gemeinden und Regionen. Eine angemessene und mindestens kostendeckende Entschädigung von durch Dritte erbrachten Leistungen erhöht die Angebotsattraktivität von Ersatzlösungen. Schliesslich kann die Post ein sicherer Daten-Hub und eine sichere Plattform für den digitalen Service public werden.

Ein Wort zum Rückweisungsantrag – ich kann nur für mich sprechen -: Die Kommission hat ähnliche Anpassungen am Motionstext, wie sie mit dem Rückweisungsantrag verlangt werden, diskutiert, diese aber fallenlassen. Mit der Rückweisung und der Neuformulierung soll konkret erreicht werden, dass der Gesetzgebungsprozess beschleunigt wird, die Zustellung auch in Kleinsiedlungen erhalten bleibt und die Schliessung von Poststellen ohne Einverständnis der Gemeinden und ohne Ersatzlösung möglichst vermieden wird. Zur Frage, wie schnell der Bundesrat, auch als Folge der jetzt hier im Parlament geführten Diskussionen, die Gesetzesrevision an die Hand nehmen will, wird sich der zuständige Departementsvorsteher äussern müssen.

Dass die Anpassung der Motion diesen Prozess beschleunigen kann, bezweifle ich. Die Frage, ob die Post zur Siedlungszustellung zurückkehren soll, betrifft den Inhalt und den Umfang der Grundversorgung, und darüber ist abschliessend vom Gesetzgeber zu entscheiden. Deshalb ist für den Bundesrat und die Post höchste Zurückhaltung geboten, wenn sie die Spielregeln während des laufenden Spiels anzupassen gedenken.

Was die Transformation der Zugangspunkte und den Ersatz eigenbetriebener Postfilialen durch Agenturen betrifft, die von Dritten betrieben werden, ist Folgendes festzuhalten: Misst man die in vergangenen Jahrzehnten erfolgte Transformation von eigenbetriebenen Poststellen hin zu anderen Zugangsformaten wie Agenturen, Hausservice oder den My-Post-24-Automaten, so kommt man nicht umhin, festzustellen, dass die Kundinnen und Kunden diese Ersatzformate gut annehmen. Alle Befragungen zur Kundenzufriedenheit mit den erbrachten Dienstleistungen kommen zu einem vielleicht überraschenden Schluss: Die Kundinnen und Kunden nehmen die Vorteile der Zugangspunkte gerne an und beurteilen die Leistungen oft als noch besser als die früher von den eigenbetriebenen Poststellen erbrachten Leistungen.

Ich glaube, man sollte den Fokus vor allem auf die Bevölkerung richten und somit auf die Kundinnen und Kunden, die letztendlich darüber entscheiden, ob Zugangspunkte als attraktiv wahrgenommen werden oder nicht. Aber es gilt natürlich, dass die Erreichbarkeitsvoraussetzungen, wie sie im Gesetz beschrieben sind, auch von den Ersatzformaten eingehalten und die entsprechenden Leistungen kundenfreundlich erbracht werden müssen. Wir nehmen die Post auch beim Wort, wenn sie sagt, dass sie die regionalen Bedürfnisse bei einem weiteren Transformationsschritt berücksichtigen werde und die Gemeinden in einem echten Dialog auf Augenhöhe mit einbeziehen wolle. Dazu zählt – ich beziehe mich auf das Schreiben, das wir alle von der Post erhalten haben –, dass der Umwandlungszeitpunkt den regionalen Bedürfnissen entsprechend angepasst, dass zusammen mit den Gemeinden aktiv nach Partnerlösungen gesucht oder dass durch gezielte Partnerschaften die Eröffnung von neuen Geschäften gefördert wird. Diesbezüglich ist die Post selbstverständlich beim Wort zu nehmen.

Zusammengefasst und für die Kommission sprechend: Wir beantragen die Ablehnung dieser Motion, weil sie der Post bei ihrer Weiterentwicklung zu grosse Fesseln anlegt. Das kann nicht im Interesse von Kundinnen und Kunden sein, es kann nicht im Interesse der Steuerzahlenden sein, und es kann auch nicht im Interesse der Volkswirtschaft sein. Wir erwarten aber, dass der Bundesrat und die Post auf den bevorstehenden Gesetzgebungsprozess Rücksicht nehmen und kein *Fait accompli* schaffen, das in der Frage des Inhalts und des Umfangs der Grundversorgung dem Parlament eigentlich keinen Spielraum mehr lässt.

Bezüglich des Rückweisungsantrages habe ich meine persönliche Meinung gesagt. Der Mehrwert ist gering, all die gestellten Forderungen lassen sich auch ohne eine solche Rückweisung erfüllen.



Juillard Charles (M-E, JU): En effet, la minorité de la commission vous demande d'accepter la motion 24.3816 qui, comme son titre l'indique, vise à ce que toute nouvelle restructuration ou tout nouveau démantèlement de l'activité de la Poste soit stoppé jusqu'à ce que le Parlement, sur proposition du Conseil fédéral, ait redéfini le contenu du mandat de service universel.

Permettez-moi de rappeler tout d'abord ce qu'on entend par service universel. Le mandat universel de la Poste définit l'ensemble des services postaux que la Poste est tenue d'offrir à tous les citoyens, indépendamment de leur situation géographique ou de leur accessibilité. Ce mandat inclut des services tels que l'envoi et la réception de lettres, de colis, ainsi que des services financiers de base. La Poste est chargée de garantir un service postal accessible, fiable et de qualité sur l'ensemble du territoire, y compris dans les régions rurales ou moins densément peuplées.

Est-ce que cette définition correspond encore à la volonté du Parlement? Est-ce que le service universel de la Poste, tel que défini plus avant, est respecté par la Poste? Y a-t-il d'autres prestations que la Poste devrait assumer sur l'ensemble du territoire au profit de toute la population de notre pays? Est-ce que de nouvelles modalités de mise en oeuvre doivent être adoptées? Est-ce que le mandat de service universel est compatible avec une obligation de résultats financiers, notamment le versement toujours plus important de dividendes à son propriétaire? Couvrir ses coûts, oui, verser des dividendes, peut-être. Telles sont les questions auxquelles nous devons apporter des réponses, et, le cas échéant, procéder aux modifications législatives qui s'imposeraient. De même, quelles sont les prestations fondamentales qui devraient se trouver dans la loi sur la poste et celles

AB 2025 S 158 / BO 2025 E 158

qui pourraient figurer dans l'ordonnance, voire même seulement dans le mandat de prestations passé entre la Confédération et la Poste?

Or, si ce débat a eu lieu il y a bien longtemps déjà, l'évolution technologique et les habitudes de consommation des clients de la Poste ont fortement évolué, j'en conviens volontiers. Il appartient au Conseil fédéral, au Parlement, d'en débattre et de redéfinir le contenu du mandat universel de la Poste. Nous constatons cependant, depuis quelques années, que le Conseil fédéral adapte l'ordonnance à la demande de la Poste, mais ne fait pas grand cas du rôle du Parlement. Ainsi, le réseau postal a été largement adapté, d'aucuns diraient même démantelé, avec des effets divers sur le service à la population.

La minorité ne nie pas que les habitudes de consommation des clients de la Poste ont évolué, parfois même de manière importante. Le rapporteur y a fait allusion au travers des chiffres qu'il a cités, et vraisemblablement que le Conseil fédéral s'appuiera là-dessus aussi pour justifier sa proposition de rejet de la motion. Il n'en demeure pas moins que nous attendons encore et toujours le rapport du Conseil fédéral dont le Parlement pourra débattre et en tirer les conséquences qu'il jugera utiles, notamment dans le contenu du service universel de la Poste.

Pendant ce temps, à coup de modifications d'ordonnance, le Conseil fédéral adapte la mission de la Poste sans que le Parlement ait grand-chose à dire, hormis lors des consultations express menées par le Conseil fédéral. En démocratie, dans le respect de la séparation des pouvoirs et de la primauté du Parlement sur l'exécutif, il n'est pas normal d'attendre aussi longtemps un débat aussi fondamental.

Le principal problème réside aujourd'hui dans l'adaptation passée et actuelle du réseau postal, sans compter les futures fermetures à venir. L'insatisfaction des clients et des autorités cantonales et communales se fait très fortement entendre. Il suffit pour s'en convaincre de compter le nombre de courriers que nous avons reçus de la part des communes concernées par la prochaine charrette de fermetures, encore pas plus tard que ce matin. A entendre les autorités communales, la grogne porte autant sur le fond que sur la forme, car nombreuses ont été les communes à apprendre par la presse que leur bureau de poste allait fermer ou se transformer en agence postale ou en service à domicile. Ce n'est pas normal. Il ne faut donc pas s'étonner que des élus se fassent les porte-parole des populations et autorités concernées et utilisent les moyens démocratiques à leur disposition pour s'opposer en particulier à cette politique du fait accompli.

C'est aussi pour ces raisons que la minorité de la commission soutient la motion de la commission du Conseil national.

J'aimerais encore ajouter quelques éléments formels. Dans sa prise de position au Conseil National, le Conseil fédéral a affirmé que, si le premier conseil acceptait cette motion, ce qu'il a fait très largement, par 113 voix contre 60 et 18 abstentions, le Conseil fédéral se réserverait le droit de déposer auprès du second conseil une demande de modification de la motion, modification qui n'empêcherait pas, dans l'ordonnance, l'inclusion de la lettre numérique dans le service universel.

Pourquoi ne l'a-t-il pas fait? La même minorité, dont je suis le porte-parole, a essayé de proposer une modifi-



cation de la motion qui allait dans le même sens que ce que proposait le Conseil fédéral, mais la commission n'en a pas voulu. Ainsi, pour des raisons procédurales, en sus des éléments de fonds développés, la minorité doit se résoudre à vous proposer d'accepter la motion adoptée par le Conseil national.

La minorité de la commission comprend et ne s'oppose pas à la modernisation du réseau; par contre, elle n'accepte pas que cela se fasse sur le dos du service universel, au détriment des régions moins peuplées. La Poste peut utiliser une partie de son bénéfice pour maintenir son réseau et le service actuel en attendant la révision de la loi plutôt que d'augmenter les dividendes au profit de son propriétaire.

Il est urgent de débattre de la définition du service universel de la Poste, avant que celui-là soit vidé de son contenu à coups de modifications de l'ordonnance, avant que le réseau postal ne soit trop démantelé.

Je vous remercie de soutenir la minorité de la commission et de soutenir cette motion.

Gapany Johanna (RL, FR): On a ici une motion qui reflète une préoccupation d'une grande partie des communes, mais aussi d'une partie importante de la population. Il est vrai que, quand on apprend la fermeture d'un bureau de poste, cela provoque pas mal d'émotions, et pas seulement pour certaines personnes; il s'agit aussi de changements importants dans le quotidien, de trajets supplémentaires pour des personnes qui ont déjà vu ou qui voient les services quitter la commune. C'est clair que cela peut provoquer une émotion particulière. Evidemment, on est aussi là parfois pour faciliter la vie des gens, et la Poste est là pour assumer un service pour la population. Ces craintes, cette émotion, on ne peut pas les ignorer. En même temps, en parallèle, on exige de la Poste toujours plus de modernisation, on exige de la Poste qu'elle soit durable, qu'elle soit financièrement saine. On voit bien que des changements sont nécessaires pour qu'elle serve au mieux l'intérêt public et qu'elle assume son mandat de service universel dans les prochaines années encore.

Maintenant, je vois bien que la formulation de cette motion est très stricte et laisse peu de marge de manoeuvre. On a entendu le rapporteur, et je soutiens la plupart des points qui ont été relevés: bien sûr qu'on veut une modernisation de la Poste, bien sûr que l'on veut qu'elle ait cette marge de manoeuvre pour développer les prestations qui sont nécessaires pour la population. On l'a vu avec la commission, cela motive en fait beaucoup de membres et beaucoup d'entre nous à refuser cette motion, sous prétexte qu'elle laisse peu de marge de manoeuvre, ou à s'abstenir en reconnaissant quand même ces changements pour la population. Mais, depuis que cette discussion a eu lieu dans la commission, il y a eu pas mal de changements au niveau de la Poste, on a reçu aussi pas mal de lettres de la part des communes. Je fais donc une proposition de renvoyer cette motion en commission.

L'idée serait bien sûr, si vous êtes d'accord, de distinguer les différentes propositions contenues dans cette motion. Il faudrait que l'on permette à la commission de reformuler la motion. Ce qu'il faut garder, c'est clairement la mission de distribuer le courrier autant dans les villes que dans les campagnes – notre volonté est quand même de ne pas créer d'inégalités entre les populations qui habitent en ville ou à la campagne – et d'éviter autant que possible la fermeture des bureaux de poste. On a vu aussi – on a reçu une lettre de la Poste – qu'il y a parfois des solutions de remplacement, qu'il y a parfois des accords qui sont faits avec les communes. Tant mieux quand cela peut être fait. Quand cela répond aux besoins de la population, c'est une bonne chose. Mais, avec les lettres que l'on a reçues des communes, on s'est rendu compte de plein de situations dans lesquelles ce n'est pas le cas. Or, cette formulation serait plus flexible par rapport à la proposition actuelle, respecterait la volonté des communes et le dialogue de la Poste avec ses partenaires. Par contre, ce qu'il ne faut pas garder, à mon sens, c'est le fait d'empêcher toute adaptation de l'ordonnance tant que la loi sur la poste n'est pas sous toit.

Une option possible serait que toute adaptation de l'ordonnance soit soumise à la validation de la commission par exemple. Cela permettrait à la commission compétente de voir chaque fois qu'il y a un changement, et de le valider. Cela permettrait aussi d'avoir un regard peut-être un peu plus attentif sur des changements qui ont un grand impact aujourd'hui. Cette adaptation permettrait en même temps à la Poste de se moderniser et de procéder au développement des prestations qui sont nécessaires, parce qu'on attend aussi plus de la Poste, il faut le reconnaître aujourd'hui. Et cela, il faut lui permettre de le faire.

Sur ces quelques mots, j'espère vous voir soutenir ma proposition de faire reformuler cette motion par la commission. Je pense que c'est une proposition assez raisonnable qui tient compte des différentes préoccupations qu'on a reçues ces derniers jours, et qui laisse en même temps la marge de manoeuvre nécessaire à la Poste pour se moderniser.

AB 2025 S 159 / BO 2025 E 159

Hurni Baptiste (S, NE): Que cela soit dit d'entrée de jeu: je ne veux pas entraver la modernisation de la



Poste, encore moins la ralentir et surtout pas affaiblir cette institution. Mais c'est précisément en acceptant cette motion, ou à tout le moins la proposition Gapany, que l'on renforcera la Poste et le service public et, surtout, que l'on permettra à notre autorité d'avoir un vrai débat. Pourquoi cela? D'abord pour des raisons de démocratie – cela a déjà été abordé par M. Juillard. Si l'un des services publics les plus importants de Suisse doit fondamentalement changer, et c'est peut-être le cas, alors il doit le faire en respectant le cheminement démocratique. C'est à cette condition, et à cette condition seule, qu'il peut y avoir une acceptation populaire de ces changements. Et le moins que l'on puisse dire, Monsieur le conseiller fédéral, c'est que ce grand débat public, qui nécessite une modification de la loi, se fait attendre. En français, nous appellerions cela une arlésienne, c'est-à-dire ce personnage tant attendu qui n'arrive jamais et dont il est toujours question.

Que cela soit aussi clair, Monsieur le conseiller fédéral, cette critique ne s'adresse pas particulièrement à vous, même si votre inflexion et votre envie de gouverner par ordonnance me lassent un peu. Mais, je vous le dis, je ferais la même critique à votre prédécesseure si elle était encore là, car, oui, la dernière révision de la loi sur la poste (LPO) date de 2009, et la promesse d'une révision plus fondamentale existe depuis plus de dix ans. Or, sans modification de la loi, pas de débat démocratique, et sans débat démocratique, impossible de décider souverainement quelle Poste nous voulons demain. S'il ne devait rester qu'un argument, c'est bien celui-ci. Des questions aussi importantes ne devraient pas se décider à coup d'ordonnance, mais bien au terme d'une vraie réflexion parlementaire, soumise au verdict populaire.

La Poste, elle, ne s'encombre pas tellement de ces considérations démocratiques pour, au final, décider seule ce qu'elle qualifie de développement du réseau, que l'on peut comprendre comme un démantèlement du service public. En effet, ce phénomène ne date pas d'hier et a été contesté à de très nombreuses reprises par les communes concernées, par certains cantons les plus touchés et par plusieurs élus fédéraux ces dernières années. Les vagues de fermeture d'offices postaux se succèdent au fil des années, sans que nous puissions avoir, au sein de ce Parlement, un débat, un vrai débat sur la Poste que nous voulons pour demain. En 2019, par exemple, un de mes prédécesseurs neuchâtelois, M. Berberat, proposait un moratoire sur les fermetures pour enfin avoir ce débat. Notre conseil – et c'est là assez piquant – avait refusé ce moratoire en justifiant que la révision de la loi devait arriver incessamment sous peu sur nos pupitres. Nous l'attendons toujours. Je ne peux pas résister à l'envie de préciser tout de même que, parmi les cosignataires de la demande de M. Berberat pour un moratoire sur la fermeture des offices postaux, figurait un certain Christian Levrat. Alors, à ce dernier qui considère que les soutiens à cette motion confondent la Poste avec un musée, je dirais simplement que ce qui distingue le musée de la vitrine des nouveautés indispensables, c'est manifestement plus l'endroit d'où l'on regarde que l'objet lui-même. C'est donc la première raison pour laquelle il faut accepter cette motion de la commission du Conseil National. Nous devons discuter démocratiquement de la définition du service public. Nous devons évaluer ce qu'implique la diminution incontestable du trafic postal. Et nous devons donner à l'universalité de la distribution postale et à l'accessibilité des services postaux une définition claire, car si la Poste continue, nous arriverons comme grêle après vendange et nous ne pourrions plus que constater que c'est un conseil d'administration qui a défini, pour tout un pays, quelles sont les prestations de la Poste au XXI^e siècle.

Deuxièmement, il y a lieu de souligner que les critères de fermeture des offices postaux ne sont pas transparents et même particulièrement obscurs; malgré ce que prétend la Poste, ces fermetures sont massives. Constatez par vous-mêmes: en 2001, dans notre pays, il y avait 3400 bureaux de poste. En 2014, dans notre pays, il y avait 1562 bureaux de poste et 660 agences et agences dans des commerces. En 2025, on nous propose 600 offices de postes en propre. Cela implique une fermeture des offices postaux, gérés par la Poste, de 82 pour cent depuis 2001 – 82 pour cent d'offices postaux fermés depuis 2001. Evidemment, on nous dit que 2000 sites sont desservis sous une forme diverse sans véritablement définir la forme. Les nouvelles fermetures annoncées, représentent, par exemple cette année pour mon canton, la moitié des offices postaux qui restent dans le canton de Neuchâtel; un office postal sur deux.

Sans contester qu'on utilise moins la Poste aujourd'hui qu'hier, il me semble quand même que, dans cette histoire, on peut également s'interroger sur ce qui est l'effet de quoi: la fameuse question de la poule ou de l'oeuf. Est-ce vraiment la diminution du trafic postal qui a impliqué toutes ces réformes? Ou n'est-ce pas raisonnable de penser qu'une entreprise qui ferme 80 pour cent de ses points de vente sur le territoire, qui augmente de façon importante ses tarifs et qui rend très onéreux pour le destinataire des paiements le fait de passer par ses services, a, à tout le moins, accéléré le phénomène de diminution? Car, je vous le donne en mille, si j'exagère un peu, s'il ne reste plus qu'un office postal par canton, je vous le promets: le trafic postal continuera de baisser.

Finalement, s'agissant des agences dans les commerces, il peut effectivement s'agir d'une bonne solution dans de nombreux cas, car cela permet parfois même une meilleure accessibilité aux prestations postales. Je



n'y suis donc pas opposé par principe, mais il faut également souligner que, trop souvent, les agences dans ces commerces ferment ensuite pour d'autres raisons – le commerce devant fermer – et qu'il n'y a plus de solution dans la localité. A cela s'ajoute que la Poste – elle nous l'a confirmé en commission – ne procède à aucun contrôle des conditions de travail dans les agences en question, sans compter que le secret postal semble plus difficile à exiger de partenaires que de collaborateurs ou encore que l'entier des prestations n'est pas disponible dans ces agences. Autrement dit, on devrait se poser la question: trouverait-on acceptable que l'épicerie du village soit responsable pour l'établissement d'un passeport? Les tâches de police pourraient-elles être administrées par le boulanger? Votre garagiste devrait-il pouvoir faire un contrôle TVA dans votre entreprise? On doit quand même se demander ce qu'est un service public et pourquoi il est public. La collaboration avec les commerces privés que propose la Poste – je le répète – peut avoir du sens, mais ce n'est pas la solution universelle.

Quant aux nouveaux marchés de la Poste, notamment dans l'e-courrier ou l'informatique publique en général, si cela semble être une direction intelligente et intéressante, les risques que cela représente doivent quand même être soulignés. Pas plus tard qu'il y a quelques jours, pour le dossier électronique du patient, la communauté de référence romande Cara a vu son contrat être résilié par la Poste, car elle n'acceptait pas les nouvelles conditions de la Poste. Dans ces conditions, il y avait notamment le dépôt des données des patients sur des serveurs Microsoft soumis à la législation américaine. On peut encore se demander, sur ces questions fondamentales – où sont stockées les données du service public 2.0? –, si ce débat ne devrait pas être mené de manière démocratique, ici, et non par ordonnance.

Je ne défends pas une Poste d'un autre temps. Je fais mes paiements par Internet ou par Twint, et non aux guichets de poste. Hier, j'ai fait mon changement d'adresse en ligne. Je me rends bien compte qu'une entreprise, fût-elle un service public, doit évoluer avec son temps, mais le propre d'un service public est d'appartenir à la collectivité et, donc, in fine, au peuple. Si ce service doit évoluer, il doit le faire après un débat démocratique et pas sous le coup d'oukases. Si des solutions modernes et ingénieuses existent sans doute, elles ne doivent pas être prises à la légère, dans l'opacité et sans considération pour celles et ceux qui maîtrisent moins bien la technologie ou habitent dans une région périphérique.

Il en va de l'universalité d'une prestation à laquelle nous sommes toutes et tous très attachés. Il en va de la solidarité confédérale.

Finalement, permettez-moi quelques mots sur la proposition de renvoi en commission de notre collègue Gapany. On pourrait reprocher à cette proposition que le débat a eu lieu en commission, y compris que des propositions de compromis

AB 2025 S 160 / BO 2025 E 160

ont été proposées et n'ont pas trouvé de majorité, comme l'a rappelé M. Juillard. Alors, à quoi bon renvoyer en commission, pourrait-on se demander. Ce serait tout de même perdre de vue que beaucoup de choses ont changé à la Poste depuis la discussion en commission. M. Cirillo, qui était véritablement le parangon de la nouvelle stratégie de la Poste, a annoncé son départ. Comme je l'ai dit, la nouvelle stratégie de la Poste, notamment en matière numérique, semble avoir du plomb dans l'aile avec, de facto, la sortie de la Poste de la question du dossier électronique du patient. Enfin, la promesse faite par la Poste devant la commission, dont le rapporteur de la commission s'est fait l'écho, qu'il n'y aurait pas de fermetures sans qu'une solution soit trouvée, n'est pas respectée. Entendez, à cet égard, les nombreuses communes qui le disent maintenant haut et fort. Tous ces éléments mis les uns après les autres doivent nous convaincre que le débat devrait évoluer en commission et déboucher sur une solution constructive, sans compter que de nombreux Grands Conseils dans notre pays, de cantons, ont déposé des résolutions que, de toute façon, la commission devra traiter. Il paraît être pertinent de traiter ces résolutions avec la proposition de motion. C'est la raison pour laquelle, vous l'aurez compris, je vous demande d'accepter la proposition de renvoi en commission de Mme Gapany et, si ce renvoi devait ne pas être accepté, d'accepter la proposition de minorité.

Maret Marianne (M-E, VS): La stratégie de restructuration de la Poste pose des questions légitimes, que cette motion soulève. J'aimerais, en particulier, relever deux points en lien avec les adaptations récentes, ou envisagées, des services postaux et des activités de la Poste.

Le premier point concerne les fermetures des bureaux de poste. Il est vrai que, dans certains cas, la collaboration avec les communes se passe bien. Certaines d'entre elles demandent même de leur propre chef que leur bureau de poste devienne une agence postale. Ces options offrent, en effet, davantage de flexibilité. Toutefois, il ne faut pas se leurrer: les services offerts dans ce genre de structure ne sont pas équivalents aux services postaux d'un bureau de poste classique. De nombreuses communes sont quasiment mises devant



le fait accompli en apprenant les décisions de fermeture. En effet, comme l'ont souligné un grand nombre de communes, ces décisions de fermeture des bureaux, communiquées récemment, ne sont appuyées par aucune donnée chiffrée, mais des éléments de référence non transmis. Pour les collectivités concernées, pour les municipalités concernées, il n'y a aucune transparence et aucune grille de lecture possible. Par conséquent, il est totalement compréhensible qu'il ne puisse pas y avoir d'adhésion. Cette situation n'est pas acceptable. Les instances communales et les habitants concernés par les 170 fermetures de filiales en exploitation propre annoncées il y a quelques mois ont le droit de pouvoir s'appuyer sur des données concrètes et sur les analyses menant à ces décisions. C'est seulement à cette condition qu'un dialogue constructif avec la Poste pourra s'établir. Je pense que, pour que cela fonctionne, il est impératif que les communes aient davantage de pouvoir sur le plan de la négociation. Dans ce sens, l'initiative du canton du Jura, pour laquelle notre commission demande, dans le point suivant, une prolongation de délai, contient des demandes qui mériteront d'être approfondies et analysées avec respect.

Le second point que je souhaite souligner concerne l'impact de ces mesures, ou plutôt, les régions touchées. Comme bien trop souvent, ce seraient de facto les régions périphériques qui seraient les plus touchées par ces restructurations. Il est évident que la Poste doit pouvoir s'adapter à son temps pour faire face aux évolutions technologiques, économiques et comportementales de la population. Néanmoins, elle ne doit pas pour autant oublier sa mission centrale, liée au service universel. Argumenter sur le fait que toutes les mesures sont nécessaires pour pouvoir continuer à verser un dividende à la Confédération n'est pas défendable quand ces mesures touchent de manière disproportionnée certaines régions du pays. Il en va aussi de la cohésion nationale.

En résumé, je comprends et partage les préoccupations soulevées par cette motion, ce d'autant plus que gouverner par voie d'ordonnance ne doit pas devenir une habitude. Cela a déjà été relevé.

Pour des sujets aussi sensibles et importants que la définition du service universel, il est essentiel que des débats parlementaires puissent se dérouler. Vu le calendrier, nous ne pourrions, toutefois, pas avoir ce débat sur la Poste avant quelques années.

Dans ce contexte, je reconnais qu'un blocage total de toute modification de l'ordonnance sur la Poste irait, à mon sens, beaucoup trop loin. Des adaptations ponctuelles doivent rester possibles. Dans son avis, le Conseil fédéral mentionne, notamment, l'inclusion de la lettre numérique dans le service universel. Il me semble que cette motion manquerait sa cible si elle empêchait de tels ajustements en imposant un moratoire trop rigide.

J'aurais souhaité pouvoir voter sur une version modifiée et allégée de la motion, qui permettrait des adaptations ponctuelles de l'ordonnance en question, tout en exigeant de la Poste la plus grande prudence vis-à-vis des décisions qui touchent la qualité du service. Je pense notamment à la ponctualité ou à la distribution dans les régions périphériques.

Je conclurai en insistant sur le fait que j'attends de la Poste la mise en place d'un vrai dialogue avec les communes, qui aboutira à une prise en compte des arguments présentés par ces dernières, et non, comme aujourd'hui, à un monologue. A l'heure actuelle, quand bien même les rencontres avec les présidents et présidentes de communes se veulent être un échange, le constat est que, in fine, leur point de vue n'est pas intégré – je peux en témoigner. J'espère néanmoins que la Poste prendra en compte les points soulevés durant ce débat.

Par conséquent, bien que ce texte soulève des questions légitimes et importantes, je vais m'abstenir, pour ce vote, en raison de la demande formulée, qui est beaucoup trop rigide, voire paralysante pour le développement de la Poste. Par contre, je soutiendrai avec énergie le renvoi en commission, car je suis convaincue qu'il y a encore moyen d'agir, mais avec modération. Je vous remercie donc de soutenir le renvoi en commission.

Zopfi Mathias (G, GL): Bevor ich meine eigene Position darlege und begründe, möchte ich dem Berichterstatter, dem ersten Vizepräsidenten des Ständerates Stefan Engler, bestens danken. Er hat wirklich ausgewogen, klar und intelligent die Motivation der Mehrheit oder mindestens eines Teiles der Mehrheit dargelegt, nämlich dass man der Post mit der Ablehnung dieser Motion nicht einfach einen Freibrief ausstellen will, sondern damit viele Ansprüche an die Post verbindet.

Im Sinne der Offenlegung: Ich bin, das wissen Sie, Präsident des Schweizerischen Gemeindeverbandes. Es dürfte Sie nicht überraschen, dass für die Gemeinden die Frage der Postzustellung, der Poststellen und so weiter von höchster Relevanz ist. Der Gemeindeverband hat mit den Gemeinden in der Romandie und in der Deutschschweiz zum Thema auch insgesamt drei Anlässe durchgeführt und erst vor Kurzem, an den letzten beiden Vorstandssitzungen, die Thematik intensiv beraten.

Ich kann Ihnen sagen: Die Gemeinden wollen eine starke Post. Das hat sich eindeutig gezeigt. Die Gemeinden wollen eine Post, die sich weiterentwickeln kann. Aber sie wollen auch eine Post, die stark ist, die bei ihnen ist



und die zu ihnen kommt. So gesehen, habe ich vollstes Verständnis für die Gemeinden, die sich gegen den Abbau der Poststellen auf ihrem Gebiet wehren. Wir haben zum Beispiel von den Gemeinden Rüegsau und Hasle bei Burgdorf Schreiben bekommen. Ein Beispiel aus meinem Kanton ist die Gemeinde Glarus mit der Poststelle in Netstal, die im Moment betroffen ist.

Ich habe vollstes Verständnis, und ich fordere die Post auf, hier einen echten Dialog zu führen. Es ist nun einmal so, dass die Post häufig erst dann mit Informationen kommt, wenn eigentlich schon klar ist, was folgen soll, und das geht nicht. Die Post muss mit den Gemeinden auch einen Dialog über die Leistungen führen. Doch hier kommt nun das Aber, bei

AB 2025 S 161 / BO 2025 E 161

dem ich mich Kollege Engler anschliesse: Ein Einfrieren gemäss der vorliegenden Motion geht zu weit.

Ich war zwölf Jahre Gemeinderat der Gemeinde Glarus Süd und kann Ihnen sagen: Eine meiner ersten Amtshandlungen war, mich für die Poststelle in meinem eigenen Dorf, 100 Meter von meinem Haus entfernt, einzusetzen, und das habe ich dann auch erfolglos getan. Im Nachhinein muss ich sagen, und das bestätigen mir auch viele Gemeinden, dass Hausservice und Partnerfiliale durchaus gute Alternativen sein und ein Angebot bieten können, das vielleicht sogar besser ist als das bei der Poststelle vor Ort. Wichtig ist einfach, ich glaube sogar, das ist das Entscheidende: Man muss den Dialog führen. Denn was an einem Ort richtig ist, zum Beispiel der Hausservice, kann an einem anderen Ort, wo die Poststelle verkehrsmässig sehr günstig gelegen ist, eben falsch sein. Deshalb braucht es einen Dialog.

Ein Einfrieren, wie es diese Motion verlangt, geht zu weit, weil dann kein Dialog mehr möglich ist und dann vielleicht – und das ist meine Hauptbefürchtung und der Grund, weshalb ich vor dieser Motion doch warne – der Schock umso grösser ist. Denn nach dem Einfrieren kommt normalerweise irgendwann das Auftauen. Und wenn dann das Auftauen folgt – vielleicht nach Verlusten bei der Post, wie es Kollege Engler gesagt hat, und relativ spät, weil die Anpassung der Postverordnung gemäss Motionstext bis zum Abschluss einer Revision des Postgesetzes ausgesetzt wird, was relativ lange gehen kann –, ist der Schock umso grösser. Auch wird er sich doppelt auswirken, und zwar so, dass dann eben umso mehr Poststellen hinterfragt werden.

Mein Fazit zu den Poststellen ist: Ja, die Gemeinden wollen eine starke Post, eine Post, die zu ihnen kommt, aber auch eine Post, die sich weiterentwickelt und gerade in der Digitalisierung neue Angebote schaffen kann. Kollege Engler hat einige aufgezählt, und ich verzichte darauf, dies nochmals zu tun. Er hat eigentlich gesagt, was man von so einer starken Post in Zukunft erwarten könnte, und ich finde das auch.

Der zweite Punkt ist der Siedlungsbegriff. Ich muss sagen: Es stört mich, dass die Errungenschaft der letzten Jahre, dass die Post in ganzjährig bewohnte Häuser zugestellt wird, jetzt offenbar ins Wanken kommt. Ich glaube, dass es eine riesige Errungenschaft in unserem Land und für den Zusammenhalt unseres Landes ist, dass ein A-Post-Brief von Zürich nach Bern oder vom Münstertal ins Val de Travers genau gleich viel kostet und auch in der genau gleichen Zeit zugestellt wird. Es ist extrem relevant, dass wir diesem Service public Sorge tragen.

Es ist aber so, dass sich auch dieses Angebot weiterentwickelt. Ich kann auf meinem Handy elektronisch die Briefe empfangen, die während der ganzen Woche, in der ich in Bern bin, zuhause in Engi in meinen Briefkasten eingeworfen würden. Ich bekomme sie einfach elektronisch. Ich würde erwarten, dass man den betroffenen Leuten in diesen Siedlungen oder in diesen Häusern, die nicht mehr bedient würden, zum Beispiel ein solches Angebot kostenlos zur Verfügung stellen würde. Ich würde auch erwarten, dass man dieser Situation in der Breitbandstrategie Rechnung trägt. Es kann nicht sein, dass sich die grauen Gebiete auf der Karte für die Breitbandanschlüsse mit den grauen Gebieten auf der Karte für die Postzustellung decken. Darauf muss man ein sehr starkes Augenmerk richten. Vielleicht kommt in Zukunft, in zehn Jahren, nicht mehr die Post in jedes Haus, aber es gibt andere Angebote für jedes Haus. Das ist das, was ich von der Post, aber auch und insbesondere vom Bund, erwarte. Es sind dann ja auch noch andere Player beteiligt.

Der Schweizerische Gemeindeverband tut sich mit dieser drohenden Umdefinition des Siedlungsbegriffs in der Verordnung schwer. Deshalb hat sich der Gemeindeverband zusammen mit der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete an die Post gewandt und gesagt, dass man verlange und darauf bestehe, dass dem grosse Aufmerksamkeit geschenkt werde. Der Verwaltungsratspräsident der Post, er wurde heute schon einmal erwähnt, unser ehemaliger Kollege Christian Levrat, hat zu diesem Brief Stellung genommen und geschrieben: "Wir sind daher bereit, die Anpassung der Zustellungspflicht mit der nötigen Sensibilität vorzunehmen, wenn der Ständerat die besagte Motion ablehnt. Ihrem Vorschlag, wonach die Umsetzung nicht auf einen Schlag, sondern schrittweise während einer zehnjährigen Übergangsfrist vorgenommen wird, können wir deshalb zustimmen. Auch werden wir uns dafür einsetzen, dass dieses Vorgehen im Rahmen der Vernehmlassung in der Postverordnung entsprechend aufgenommen wird." Es geht dem Gemeindeverband



und auch mir darum, dass man, wenn man beim Siedlungsbegriff eine Anpassung macht, das über zehn Jahre gestaffelt macht; dies als Mindestvoraussetzung, damit gewährleistet ist, dass Ersatzangebote gemacht werden, dass vielleicht ein Breitbandanschluss kommt oder andere digitalisierte Angebote gemacht werden. Mein Fazit ist – ich sehe es gleich wie Kollege Engler und die Mehrheit der Kommission -: Diese Motion geht zu weit, man sollte sie ablehnen. Ich glaube, auch den Rückweisungsantrag braucht es nicht. Zumindest braucht es ihn nicht, wenn vom Bundesrat – und das erhoffe ich mir für heute – ein Zeichen ausgesendet wird, dass man auf Verordnungsstufe diese Erwartungen betreffend die Definition des Siedlungsbegriffs und die Übergangsfrist wirklich berücksichtigt. Heute sind die Angebote noch nicht gleich gut, aber in Zukunft werden sie es sein. Wenn man dem Rechnung trägt, dann bin ich bereit – und das ist auch die Position des Schweizerischen Gemeindeverbandes –, diese Motion und auch den Rückweisungsantrag abzulehnen.

Gmür-Schönenberger Andrea (M-E, LU): Auch ich möchte Sie bitten, sowohl die Motion als auch den Rückweisungsantrag Gapany abzulehnen. Warum? Ich möchte daran erinnern, dass die Post im Rahmen dieser Strategieperiode 100 Millionen Franken ins eigene Poststellennetz investieren will. Sie will auch für die nächsten Jahre die Präsenz in der Agglomeration, aber selbstverständlich auch in der Peripherie, in den Tälern, überall in der Schweiz, garantieren.

Wenn ich hier zuhöre oder die Debatte im Nationalrat verfolge, sehe ich, dass das eine sehr emotionale Geschichte ist. Man passt sich sehr ungern einer Veränderung an, gesellschaftlich macht das immer Mühe. Aber wenn Filialen mit Partnern häufig bessere Öffnungszeiten als die normalen Poststellen bieten, wenn wir selber keine Briefe mehr schreiben und keine Pakete mehr zur Post bringen, dann macht es doch absolut Sinn, dass man sich neue Wege überlegt.

Ich möchte auch daran erinnern, dass die Post das Gesetz übererfüllt. Die Erreichbarkeit ist überall, in der ganzen Schweiz, gegeben. In der Verordnung ist ein Wert von 90 Prozent vorgegeben. Der tatsächliche Wert wird minimal reduziert, von 96,68 auf 96,41 Prozent. Die Grundversorgung muss gewährleistet sein, und sie ist es auch. Mit den neuen Angeboten – ob das die Filiale mit Partnern ist, ob das der Hausservice ist, der vor allem von älteren Menschen in Anspruch genommen wird, oder ob es My Post 24 ist – werden so viele Möglichkeiten geboten, die vorher nicht existierten.

Was jetzt geschieht, ist verhältnismässig, abgesehen davon, dass der Post gesetzlich die Eigenwirtschaftlichkeit vorgeschrieben ist. Wenn Veränderungen stattfinden, dann muss man sich manchmal wohl oder übel anpassen. Was jetzt hier vorgesehen ist, ist zumutbar.

Ich bitte Sie, die Motion abzulehnen, ebenso den Rückweisungsantrag.

Broulis Pascal (RL, VD): Il ne s'agit pas d'une question de partie territoriale. La Poste a été fondée sur des bases liées à l'universalité. Dans cette ville de Berne, qui est notre capitale fédérale, en 1874, on parlait d'un service universel. Ce n'est pas anodin. Aujourd'hui, si on prend un tout petit peu de temps pour échanger, c'est un élément important. Il en va aussi de la confiance de nos concitoyens. Je rappelle que, le territoire suisse, ce sont des fractions, ce sont des communes, ce sont 26 cantons souverains et c'est l'Etat confédéral qui chapeaute ce maillage territorial.

En septembre dernier, la Chambre basse a approuvé une motion visant à clarifier le mandat de service public universel et à éviter toute restructuration de la Poste avant cette clarification. Notre Chambre haute, soit celle des cantons, est aujourd'hui amenée à se déterminer sur cette motion.

AB 2025 S 162 / BO 2025 E 162

En tant qu'élus de nos cantons respectifs, nous devons tenir compte des intérêts cantonaux dans le cadre de nos mandats. Comme l'a relevé M. Hurni, il en va aussi de la cohésion confédérale. J'ai apprécié les propos de Mme Maret qui a rappelé la question des communes, parce que la Confédération n'existe pas sans les communes; je pense qu'il faut les associer dans cette redéfinition du mandat territorial. Il s'agit aussi du respect de la Constitution fédérale, qui mentionne à l'article 92 alinéa 2: "La Confédération veille à ce qu'un service universel suffisant en matière de services postaux et de télécommunications soit assuré à des prix raisonnables dans toutes les régions du pays. Les tarifs sont fixés selon des principes uniformes." Sur le service universel, la loi sur la poste prescrit que la Poste assure le transport des lettres, colis, journaux et périodiques. Les services postaux relevant du service universel doivent être de qualité dans tout le pays.

Mardi 29 octobre 2024, la Poste a annoncé qu'elle allait fermer 170 offices postaux, unilatéralement. Les trois cantons les plus touchés sont ceux de Berne, du Tessin et de Vaud. Mon canton verrait donc 19 offices supplémentaires fermés, ce qui représente près d'un quart des bureaux de poste encore en activité dans ce canton. De nombreuses communes sont concernées. Compte tenu de l'ampleur de ces fermetures, je me permets



de vous citer les communes concernées: Apples, Aubonne, Bière, Chernex, Crissier, Cully, Forel, Granges-près-Marnand, L'Isle, La Sarraz, Lausanne, Le Pont, Les Diablerets, Lucens, Lully, Mézières, Saint-Cergue, Saint-Prex et Thierrens. Le Grand Conseil vaudois a ainsi adopté une résolution à l'intention du Conseil d'Etat visant à éviter toute fermeture d'offices postaux à court et moyen terme.

En ma qualité de représentant du canton de Vaud, je ne peux qu'appuyer cette motion et vous enjoins à la soutenir. Comme l'a relevé M. Hurni, tous ces textes reviendront par le biais de pétitions devant nos chambres. Je pense que la notion de confiance doit être respectée.

En l'état, la stratégie de la Poste est particulière. La fronde dans les cantons ne fait que grandir. On le voit avec la constitution récente de l'Alliance des communes romandes contre la fermeture des bureaux de poste, que je tiens à saluer. Les fermetures à répétition mettent à mal le service proposé à la population.

Depuis le début du siècle, les bureaux de poste se sont raréfiés. A titre d'exemple, pour certaines communes de plusieurs milliers d'habitants concernées par les fermetures annoncées, leurs habitants devront effectuer des trajets de près de 20 kilomètres ou un déplacement d'une demi-heure en voiture pour se rendre à un bureau de poste. Je rappelle que, en Suisse, prochainement, quasiment une personne sur trois sera à la retraite. Dans certaines communes, il ne sera pas possible d'installer une agence postale dans un commerce. Le service universel à ces populations ne sera ainsi pas assuré.

La stratégie de la Poste concernant l'envoi de colis est actuellement en perte de vitesse. Malgré le boom du commerce en ligne, selon les derniers chiffres de l'année 2023, le volume de colis distribué a diminué de 4,7 pour cent par rapport à 2022.

Cette baisse peut s'expliquer par le nombre important d'acteurs sur le marché et sur le segment de la livraison de colis. Il est donc nécessaire que le Parlement examine également cette problématique dans les plus brefs délais. C'est pour cela que je soutiens, comme l'a relevé Mme Maret avec force et conviction, le renvoi en commission. Cela permettra, en quelque sorte, de se poser de nouveau des questions. La Suisse évolue, le monde change plus vite qu'il n'y paraît et je pense que l'on peut se poser des questions sur la Poste et sa mission.

Je vous encourage à soutenir la proposition de notre collègue Mme Gapany, qui est la voie de la sagesse.

Maillard Pierre-Yves (S, VD): Beaucoup de choses ont déjà été dites: je vais me borner à un point essentiel. La question est: pourquoi avons-nous ce débat? Pourquoi sommes-nous tenus de répondre à la question de la définition du service universel? Quand on écoute La Poste et celles et ceux qui défendent sa stratégie, tout va bien, n'est-ce pas? Seuls sont fermés les bureaux de poste en présence d'une alternative, qui est meilleure pour les clients et pour le personnel. Les communes seraient ainsi toujours invitées à un dialogue et l'on chercherait ainsi une bonne solution. Si c'est le cas, pourquoi reçoit-on des dizaines de lettres de communes? Pourquoi les Grands Conseils prennent-ils des résolutions? Pourquoi des pétitions sont-elles récoltées par milliers? Hier encore, pourquoi près de l'entier des habitants d'un village – celui de Saint-Cergue – sont-ils venus en car sur la Place fédérale pour exprimer leur opposition à la fermeture du bureau de poste?

On a l'impression qu'on ne vit pas dans le même monde. Il y a ceux qui sont dans le monde du management. Le monde du management est toujours entouré de bonnes intentions. On veut toujours le bonheur du client et du personnel, mais, dans la vraie vie, on constate parfois que ces discours ne tiennent pas. Si nous avons ce débat sur le service universel, c'est que le management de la Poste est sorti de son rôle. Si l'on peut vraiment fermer par endroits un bureau de poste pour une alternative valable, on le fait au fil de l'eau, dans la stratégie opérationnelle. Quand les gens sont contents, il n'y a aucun problème, mais quand on annonce une nouvelle stratégie avec grand fracas publicitaire, quand on entend le président du conseil d'administration annoncer qu'il veut revoir la vision du service universel afin d'éviter qu'elle se transforme en musée, c'est que ces personnes s'arrogent un rôle qui n'est pas le leur. C'est en faisant ces grandes annonces avec grand fracas qu'ils amènent eux-mêmes le débat autour du service universel.

La première des choses que l'on peut constater est qu'au moins le président du conseil d'administration de la Poste a la capacité de se tromper, puisqu'il dit aujourd'hui le contraire de ce qu'il disait il y a quelques années. S'il se trompe sur la définition du service universel, c'est très embêtant, parce que c'est un enjeu important pour notre pays. S'il est donc capable de se tromper, c'est peut-être important qu'on revoie ensemble une fois cette nouvelle façon d'aborder le service universel.

Mais la deuxième raison pour laquelle on doit le faire est beaucoup plus importante: la Poste a été créée en même temps que la Suisse moderne. En 1848, nos anciens, nos prédécesseurs ont créé les institutions nationales modernes et, en même temps, ils ont créé une Poste, pas parce qu'elle était rentable: elle ne pouvait pas être rentable, puisqu'elle n'existait pas encore. Ils l'ont créée parce que c'était une affaire de volonté politique, de solidarité confédérale et d'égalité des chances sur tout le territoire. La Poste est le résultat



d'une volonté politique. Ce n'est pas l'addition de quelques chiffres et quelques présentations Powerpoint d'un manager qui fait quelques années, qui encaisse ses bonus et qui, ensuite, va voir ailleurs. Non, la Poste est le résultat d'une volonté politique des institutions et cela doit continuer ainsi.

Puisque la Poste a elle-même considéré que cette affaire était stratégique et qu'elle engageait la définition du service universel, elle nous a passé la balle. C'est maintenant à nous de définir ce service universel. Si elle s'était contentée de quelques fermetures au fil de l'eau, nous n'aurions pas à nous en occuper. Cependant, elle a centré le débat sur le principe du service universel. C'est donc au Parlement de le faire.

Je conclurai avec une réflexion: en ce moment, combien de démocraties sont en difficulté? Entre l'insignifiance de leurs actions et les outrances verbales qui, parfois, essayent de combler cette insignifiance, dans beaucoup de pays, nous avons l'impression que la démocratie ne sert plus à grand-chose et que la démocratie ne s'occupe plus des problèmes des gens. La Poste est un problème concret de la vie des gens. C'est à nous de définir ce qu'elle doit être, pas au conseil d'administration et pas à un manager qui vient de partir.

Acceptons donc cette motion et, à tout le moins, demandons, vu l'importance de ce sujet, à la commission de reprendre ses travaux, si vous ne voulez pas accepter cette motion.

AB 2025 S 163 / BO 2025 E 163

Rösti Albert, Bundesrat: Die Post ist eine sehr bedeutende öffentlich-rechtliche Institution, mit der sich die Bevölkerung aller Landesteile identifiziert. Sie liegt auch dem Bundesrat sehr am Herzen. Die Bedeutung dieser Diskussion über die zukünftige Entwicklung ist als sehr hoch einzuschätzen.

Ich möchte zuerst der Post ein Kränzchen winden. Im Rahmen der aktuellen Entwicklung rund um die Dienstleistungen macht die Post eine gute Arbeit. Sie hat es trotz massiver Reduktion der Nachfrage in den vergangenen Jahren fertiggebracht, dass das Eigenkapital deutlich gestiegen ist, dass sie keine Verschuldung hat, dass sie seit mehreren Jahren als beste Post der Welt ausgezeichnet wird und dass sie, soweit das mit den vorhandenen Strukturen möglich ist, die Dienstleistungen zur Zufriedenheit der Kundinnen und Kunden erbringt. Das hat sie in einem Umfeld fertiggebracht, in dem sich die Briefmenge fast halbiert hat. In den letzten zwanzig Jahren gab es eine Halbierung der Briefmenge. Im gleichen Zeitraum sind die Bareinzahlungen am Schalter um drei Viertel zurückgegangen – um drei Viertel! Bis ins Jahr 2030 wird gemäss den Schätzungen der Post und des BAKOM die Briefmenge um weitere 30 Prozent zurückgehen, und die Bareinzahlungen am Schalter werden sogar um weitere 80 Prozent sinken. Dass dem so ist, können wir aus unserem eigenen Verhalten ablesen; das wurde jetzt auch hier im Rat zum Teil explizit so gesagt.

Was ist nun die Strategie des Bundesrates? Es ist klar: Erstens haben wir den Auftrag, Ihnen eine Revision des Postgesetzes vorzulegen. Ich muss die Verantwortung, da das schon seit zehn Jahren pendent ist, für acht Jahre ablehnen. Für zwei Jahre habe ich sie selbstverständlich und nehme sie auch wahr. Ich möchte Ihnen versprechen, dass wir, wenn alles normal läuft, im ersten Halbjahr 2027 mit einer Botschaft in den Rat kommen werden. Das heisst vom Plan her, dass wir in diesem Sommer vom Bundesrat Eckwerte verabschieden lassen, im Jahr 2026 eine Vernehmlassung durchführen und dann eine Botschaft erarbeiten werden. Dass das höchst komplex ist, versteht sich von selbst. In Anbetracht der massiv ändernden Dienstleistungen brauchen wir in der Verwaltung diese Zeit.

Was ist jetzt die Strategie des Bundesrates im Rahmen dieser Festsetzung, dieser Entwicklung einer Botschaft? Die Strategie ist die folgende: Dort, wo die Dienstleistungen der Grundversorgung noch nachgefragt werden, sollen sie auch in Zukunft so lange wie möglich aufrechterhalten werden. Aber dort, wo Dienstleistungen nicht mehr nachgefragt werden, sollen Effizienzsteigerungen ermöglicht werden. Ich habe in dieser Diskussion – ich glaube, ich bin als gebürtiger Berner Oberländer unverdächtig – wirklich Sensibilität für den ländlichen Raum; das habe ich während meines politischen Parcours auch bewiesen. Ich stelle aber fest, wenn ich mit den Leuten spreche, dass sie zwar sagen, sie wollten die Post erhalten, dass sie dann aber nicht mehr hingehen. Das ist im Moment in vielen Orten einfach schon die Realität.

Dann stellt sich für mich die Frage, ob wir in die Richtung gehen, wie es ein Verwaltungsbericht des BAKOM sagt. Wir haben diese Diskussion schon einmal angestossen: Okay, wir reduzieren die Dienstleistungen; die Haushalte erhalten nur noch dreimal pro Woche Post, es gibt keine A-Post mehr, keine Zustellung der Zeitungen bis 12.30 Uhr. Das waren die Ideen, die mir auf den Tisch gelegt wurden. Und dann sagte ich: Das sind Dienstleistungen, die noch lange nachgefragt werden. Ich weiss nicht, ob das nach 2035 noch der Fall sein wird, aber mindestens in absehbarer Zeit wollen die Leute noch jeden Tag zuhause Post und Pakete erhalten. Dort, wo die Post zu weit weg ist, wollen sie zuhause allenfalls auch Einzahlungen machen können. Sie wollen die Zeitungen zuhause erhalten. Aber der Gang auf die Post ist nun wirklich relativ selten geworden.

Jetzt stellt sich für mich in einem Umfeld, das von Ihnen vorgegeben wird – der Auftrag lautet, dass die Grund-



versorgung eigenwirtschaftlich zu erbringen ist –, nicht die Frage, ob ich das tun kann oder nicht. Es ist ein Auftrag. Da hat der Bundesrat keinen Handlungsspielraum. Er hat aber insofern einen Handlungsspielraum, als er wählen kann, ob er den Strukturwandel dort laufen lassen will, wo dies nicht auf Kosten von Dienstleistungen gegenüber den Kundinnen und Kunden geht bzw. wo sie anders erbracht werden können, oder ob er die bestehenden Dienstleistungen wie die Zustellung von Zeitung und Post zuhause, die wir wahrscheinlich alle auch noch selber nutzen, so lange wie möglich aufrechterhalten will.

Wir werden hier die Diskussion darüber führen, wie diese Grundversorgung ab 2030 aussieht. Und wir werden die Diskussion führen müssen, die jetzt hier angerissen wurde, ob es weiterhin noch eine eigenwirtschaftliche Grundversorgung mit einer Dividende am Ende des Jahres geben soll oder ob wir sagen: Okay, die Grundversorgung durch die Post kostet uns 200 Millionen Franken aus dem allgemeinen Bundeshaushalt pro Jahr. Da bin ich absolut offen. Das wird letztlich die Frage sein. Der Unterschied für den allgemeinen Bundeshaushalt ist dann relativ frappant. Wenn wir, zurückblickend auf die letzten Jahre, von einer Dividende zwischen 50 und 200 Millionen Franken für den Bundeshaushalt ausgehen, sprechen wir von einer Differenz von bis zu 400 Millionen Franken. Das sind dann die wirklichen Fragen. Ich muss Ihnen sagen, dass es für mich noch offen ist, wo wir hier landen, weil die Strategie, dass die Post mit Zukäufen und neuen Geschäftsfeldern die Verluste in der Grundversorgung wettmacht, ja auch höchst umstritten ist. Es sind dazu auch entsprechende Motionen angenommen worden.

Diese Diskussion werden wir führen. Wir werden im Bundesrat Entscheide dazu treffen müssen und Ihnen 2027 mit einer Botschaft einen Entwurf unterbreiten. Sie können sich in Ihren Gremien 2026 – das ist in einem Jahr – selber dazu äussern. Ich stehe für diesen Fahrplan ein. Das ist mal wichtig.

Jetzt stellt sich als Erstes die Frage: Was tun wir zwischen heute und 2030? Dazu hat der Bundesrat gesagt: Wir wollen bzw. müssen dort Einsparungen realisieren, wo es uns vertretbar und verhältnismässig erscheint – nicht schön, aber vertretbar und verhältnismässig. Ich wiederhole nochmals: Bei einer weiteren Reduktion der Briefmenge um 30 Prozent und einer weiteren Reduktion der Bareinzahlungen um 80 Prozent müssen wir solche Einsparungen in einer Zeit realisieren, in welcher wir weiterhin den Auftrag geben, dass die Grundversorgung eigenwirtschaftlich bleibt. Das betrifft einerseits die Qualität; dort habe ich keine Besorgnis. Dort sagen wir: Wir wollen die Pünktlichkeit bei der A-Post-Zustellung nicht bei 97 Prozent lassen. Das heisst nicht, dass nur noch 90 Prozent aller A-Post-Briefe nach einem Tag ankommen; aber an den Spitzentagen wie Black Friday oder während des Weihnachtsgeschäfts – das sind einzelne Tage – wollen wir einfach die Spitze brechen. Ich glaube, darüber diskutieren wir nicht gross.

Das Zweite ist der Siedlungsbegriff. Ich habe Verständnis für die Besorgnis in diesem Zusammenhang. Aber auch hier gilt: Man muss sich schon fragen, ob man nicht darüber diskutieren darf, ob es sinnvoll ist, noch zwanzig Kilometer zu fahren, um einen Prospekt irgendwohin zu bringen. Ich darf Ihnen, Herr Zopfi, der Sie das Thema als Präsident des Gemeindeverbandes angetönt haben, sagen: Wir hatten tatsächlich diese Diskussion mit der Post. Ich glaube, dass es auch in diesem Bereich verträglich ist, wenn wir in der Verordnung eine Übergangsfrist für die schrittweise Umsetzung der Rückkehr zum Siedlungsbegriff über einen Zeitraum von zehn Jahren sicherstellen. Wir beabsichtigen, dies zu tun; der Bundesrat muss es dann selbstverständlich genehmigen. In dieser Zeit wird einiges geschehen. In fünf Jahren werden wir, wie gesagt, auch das neue Postgesetz und eine neue Verordnung verabschiedet haben. Dann kann man auch diesen Punkt wieder diskutieren. Wir sind hier also auch in Anbetracht dieser Diskussion zu einem Entgegenkommen bereit und werden das dem Bundesrat entsprechend so unterbreiten.

Das ist die Änderung, durch die pro Jahr möglichst viel – wir schätzen etwa 45 Millionen Franken – eingespart werden kann; das ist für die Post ein grosser und wichtiger Betrag. Ich bitte Sie, das laufenzulassen. Es ist verhältnismässig, und es sind keine grossen Restrukturierungen.

Im Sinne der Modernisierung wollen wir durch diese Motion auch den digitalen Brief in die Grundversorgung aufnehmen, das war ebenfalls ein grosses Anliegen der Post. Auch da geht es darum, dass Sie nicht bis 2030 warten müssen, denn

AB 2025 S 164 / BO 2025 E 164

auch davon verspricht sich die Post grosse Einnahmen. Das wird zwar erst zu beweisen sein, aber ich gehe davon aus, dass sich die Spezialisten auskennen.

Was heisst "digitaler Brief"? Das kann heissen, dass Sie physisch einen Brief schicken, es aber Empfänger gibt, die nur noch elektronische Post wollen. Die Post packt den Brief aus und schickt ihn elektronisch weiter. Mit der Aufnahme in die Grundversorgung ist dann auch die Geheimhaltung und der Schutz vor Attacken sichergestellt, damit es wie heute ein normales E-Mail ist, nicht eine Postkarte. Oder es ist umgekehrt: Sie verschicken Post nur per E-Mail, aber es gibt Leute, beispielsweise Geschäfte, die noch physisch Briefe



empfangen wollen und elektronisch noch nicht so aufgerüstet sind. Dann packt die Post das E-Mail in einen Briefumschlag und verschickt ihn. So haben wir eine Transformation der Briefe in das elektronische Zeitalter, ohne dass wir Leute abhängen, die noch wie im analogen Zeitalter arbeiten. Ich glaube, das wäre ein ganz wichtiger Fortschritt aufgrund dieser Verordnungsänderung. Ich bitte Sie, diese nicht zu verzögern.

Sodann haben wir den dritten Aspekt, den der Bundesrat nicht beeinflusst hat. Die Post muss im Rahmen ihres Leistungsauftrages, also im Rahmen der Gesetzgebung und der strategischen Ziele, ihre Strukturen anpassen, aber ohne den Grundversorgungsauftrag zu gefährden. Wenn sie 170 Poststellen schliesst – das wurde mehrfach gesagt –, hat sie den Auftrag, gleichzeitig Alternativen anzubieten. Die Post hat keinerlei Kontaktpunkte abgebaut; die Post baut keinen einzigen Kontaktpunkt für die Bevölkerung ab. Ich bekomme von vielen Seiten wirklich die Rückmeldung, es sei sogar die bessere Dienstleistung, weil es eben von der zeitlichen Verfügbarkeit her besser ist.

Aus all diesen Gründen bitte ich Sie wirklich, bei dieser Blockade nicht mitzumachen und die Motion abzulehnen. Ich bin sehr, sehr sensibel für diese Dienstleistungen und habe grosses Verständnis für die kritische Diskussion, wie sie hier geführt wird. Aber ich glaube, das gehört in die Diskussion über das nächste Postgesetz. Nochmals, die Zielsetzung des Bundesrates ist es, trotz rückgängiger Nachfrage diejenigen Dienstleistungen der Post, von denen alle im ganzen Land einen direkten Nutzen haben – es geht um die Post zuhause, die Dienstleistungen an der Haustür –, so lange wie möglich aufrechtzuerhalten. Genau das tun wir. Gleichzeitig ermöglichen wir aber Postrestrukturierungen und Einsparungen dort, wo sie nicht wehtun. Für Leute, die nicht auf die Post gehen, braucht es auch keine Post im herkömmlichen Sinne. Ich bin Ihnen deshalb dankbar, wenn Sie diese Motion entsprechend ablehnen.

Ich gestatte mir noch einen Hinweis, vielleicht weniger an Sie als an die Öffentlichkeit, betreffend das Verordnungsrecht. Zweimal wurde im Rat geäussert, man hoffe, dass der Bundesrat nicht zu viel über Verordnungen führe. Das Verordnungsrecht ist dazu da, dass es der Bundesrat genau an solche veränderten Gegebenheiten anpassen kann, weil es in der Regel relativ lange geht, bis ein neues Gesetz da ist.

Diese Anpassung erfolgt natürlich innerhalb der bestehenden Gesetzgebung. Eine Verordnung ist – ich wende mich hier auch etwas an die Öffentlichkeit – nicht einfach eine Idee eines Bundesrates, sondern es gibt eine Vernehmlassung, deren Ergebnis zu beachten ist, es gibt eine Ämterkonsultation, es gibt einen Mehrheitsentscheid des Bundesrates, und am Schluss kann man einen Umsetzungsentscheid aufgrund einer Verordnung sogar gerichtlich anfechten. Kommt das Gericht zum Schluss, der Bundesrat habe die Verordnung über das Gesetz hinaus strapaziert, ist der Bundesrat gehalten, die Verordnung zu korrigieren. Ich möchte darauf hinweisen, dass das, mindestens meines Wissens, in den letzten zwei Jahren im UVEK nie passiert ist.

Also, das ist letztlich die Aufgabe, die wir hier ausführen wollen. Sonst haben wir bei der Post einen Riesenverlust, für den dann auch wieder der Bundesrat die Verantwortung übernehmen muss.

Zusammengefasst: Wir passen das Postgesetz so rasch wie möglich an, das verspreche ich auch der Antragstellerin, Ständerätin Gapany. Eine Rückweisung kann den eingeleiteten Prozess nicht beschleunigen. Ich möchte versprechen, dass wir nach dem heutigen Fahrplan per 2030 ein neues Postgesetz in Kraft setzen können. Gleichzeitig brauchen wir die vier Jahre, um dort Einsparungen zu machen, wo es weniger wehtut, und um gleichzeitig mit der vorgezogenen Revision der Postverordnung in Bezug auf den digitalen Brief die nötigen Modernisierungsschritte umzusetzen.

In diesem Sinne bitte ich Sie namens des Bundesrates, die Motion und den Rückweisungsantrag abzulehnen.

Präsident (Caroni Andrea, Präsident): Wir stimmen über den Rückweisungsantrag Gapany ab.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.3816/7289)

Für den Antrag Gapany ... 18 Stimmen

Dagegen ... 25 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 24.3816/7290)

Für Annahme der Motion ... 17 Stimmen

Dagegen ... 24 Stimmen

(2 Enthaltungen)